

ROUNDDUP

07.12.2009, 18:28

Koalition auch bei Börsen-Steuer uneins

In der schwarz-gelben Koalition gibt es Differenzen über die Einführung einer Börsenumsatzsteuer. Die Bundesregierung will die Haltung der 20 wichtigsten Wirtschaftsnationen (G20) abwarten, bevor sie über eine solche Steuer auf weltweite Finanztransaktionen entscheidet. Diese grundsätzlich offene Haltung von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) bekräftigte Regierungssprecher Ulrich Wilhelm am Montag in Berlin. Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel (FDP) hatte dagegen am Wochenende erklärt: "Die Transaktionssteuer ist nicht Bestandteil des Koalitionsvertrags, also wird es sie in dieser Legislaturperiode auch nicht geben."

Wilhelm argumentierte, eine solche Börsenumsatzsteuer mache nur Sinn, wenn sie von allen wichtigen internationalen Finanzplätzen mitgetragen werde. Dies sei gemeinsame Haltung auf dem G20-Treffen im September im amerikanischen Pittsburgh gewesen. Das Thema werde nun auf dem Herbsttreffen der G20 in Südkorea auf der Grundlage eines Berichts des Internationalen Währungsfonds (IWF) erneut aufgegriffen.

MERKEL AUFGESCHLOSSEN

Merkel hatte in einer Regierungserklärung im November deutlich gemacht, dass sie einer solchen Börsenumsatzsteuer aufgeschlossen gegenüber stehe, falls sie international umsetzbar sei. Auf diesem Wege könnten auch die Banken an der Begleichung der Schäden durch die Finanzkrise beteiligt werden.

Niebel meinte dagegen: "Diese Regierung ist angetreten, um Steuern zu senken, nicht, um neue zu erheben." Von einem Koalitionskrach könne insofern aber keine Rede sein. Nach den Überlegungen sollen weltweit Banken, Investmentfonds und Börsen eine geringe Abgabe auf alle Transaktionen zahlen, um Finanzspekulationen einzudämmen.

FDP: STEUER WÜRDE BEI KLEINSPARERN ABKASSIEREN

Der Obmann der FDP-Fraktion im Finanzausschuss, Frank Schäffler, erklärte am Montag, eine "Finanztransaktionssteuer würde bei Kleinsparern abkassieren". Wer eine solche Steuer fordere, "will dem Staat eine neue Einnahmemöglichkeit schaffen und beim Fonds-, Riester- und Lebensversicherungssparer abkassieren. Finanzblasen lassen sich durch eine Steuer nicht verhindern. Dazu sind ein stabiles Geldwesen und eine effektive Bankenaufsicht notwendig."

Der finanzpolitischer Sprecher der Grünen, Gerhard Schick, erklärte, nachdem eine Online-Petition mit mehr als 50.000 Unterzeichnern vorliege, müsse das Thema Finanztransaktionssteuer in einer öffentlichen Anhörung wieder aufgegriffen werden. Viele Bürger "fragen sich zu recht, warum bei fast jedem Produkt Umsatzsteuer erhoben wird, aber nicht bei Finanzdienstleistungen. Union und FDP müssen sich dieser Frage jetzt stellen, die ja auch viele im Handwerk und anderen Dienstleistungsbranchen umtreibt." Ein Grünen-Antrag, der die Regierung auffordere, sich auf EU-Ebene für eine solche Steuer einzusetzen, sei von SPD, FDP und Union im Juni abgelehnt worden.

dpa, 07.12.2009

© 2009 Financial Times Deutschland
